

Pressemitteilung

Neue Online-Aktion von Campact:

Atomkraftgegner bieten FDP und CSU Parteispenden an

Nach der Millionenspende von Hotel-Eigentümer an FDP und CSU wollen Bürger/innen Atomausstieg „kaufen“ / Bereits rund 15.000 satirische Emails gingen an Westerwelle und Seehofer

Berlin, 20.01.2010. Atomkraftgegner haben FDP und CSU ironisch Parteispenden angeboten. Von der Internetseite des Kampagnen-Netzwerkes Campact <http://www.campact.de/atom2/ml2/mailer> können Bürger Emails an FDP-Chef Westerwelle und CSU-Chef Seehofer verschicken, in denen sie scherzhaft Parteispenden anbieten: Fünf Euro für jede Partei, wenn diese dafür darauf verzichten, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern. Seit gestern Nachmittag wurden bereits rund 15 000 Emails an Westerwelle und Seehofer versendet. Mit der satirischen Aktion spielt Campact an auf die kürzlich bekannt gewordenen Parteispenden von August Baron von Finck, einem Miteigentümer der Hotelkette Mövenpick, an FDP und CSU. Die schwarz-gelbe Koalition hatte als eine ihrer ersten Amtshandlungen den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von neunzehn auf sieben Prozent gesenkt.

In den Emails wird gefordert, in den nächsten vier Jahren wenigstens die sieben ältesten Atomkraftwerke und den Pannenreaktor in Krümmel abzuschalten. Dafür werde man vielleicht in Erwägung ziehen, fünf Euro in die Parteikassen von FDP und CSU zu spenden, heißt es in den Emails. „Die Mehrheit der Bevölkerung will nicht, dass gefährliche Schrottreaktoren länger am Netz bleiben dürfen, nur damit Konzerne wie RWE oder Vattenfall weiter hohe Gewinne einfahren können. Sogar die Wähler von Union und FDP sind mehrheitlich dafür, dass es beim Atomausstieg bleibt“, sagte Christoph Bautz, Geschäftsführer von Campact.

Selbst der Umweltsachverständigenrat der Bundesregierung und das Umweltbundesamt haben wiederholt empfohlen, am Atomausstieg festzuhalten. „Doch die Meinung der Sachverständigen interessiert Union und FDP offenbar genauso wenig, wie die Mehrheitsmeinung im Volk. Stattdessen macht die schwarz-gelbe Koalition lieber Klientelpolitik für Hotel- und Energiekonzerne. Offenbar weil man vom Gemeinwohl keine Parteispenden bekommt.“ Darauf wolle man mit der ironischen Aktion aufmerksam machen. „Natürlich denkt Campact nicht ernsthaft daran, dazu aufzurufen, Parteien Geld zu spenden und dafür Gegenleistungen zu erwarten“, sagte Bautz.

Weitere Informationen: <http://www.campact.de/atom2/info/5min3>

Pressekontakt:

Yves Venedey, Pressesprecher: Tel. 04231 / 957 590, mobil 0151 268 468 93, venedey@campact.de

Christoph Bautz, Campact-Geschäftsführer: 0163-595 75 93

www.campact.de